

- 2 -

Verhandlungsprotokoll
der 72. Sitzung des Bundesrates vom 25. Oktober 1955

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Petitpierre
Abwesend: Hr. Bundesrat Etter (Urlaub)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: Keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 12 h 20

Schriftliche Anträge

Militärdepartement

Seuchenpolizeiliche Massnahmen der Armee

Auf Grund einer Bemerkung von Hrn. Streuli wird Hr. Chaudet ersucht, zu prüfen, ob nicht Art. 16 der VO (22 Tage) in Uebereinstimmung gebracht werden sollte mit Art. 8 der VO über die Erfüllung der Instruktionspflicht vom 27. November 1953, wo ein Ausfall von 20 Tagen nicht angerechnet wird. Dabei wird das EMD ermächtigt, die ihm gutscheinende Lösung dieser Frage zu treffen ohne nochmalige Konsultation des Bundesrates.

Finanz- und Zolldepartement

Teuerungszulagen an das Bundespersonal für 1956

Hr. Streuli übernimmt es, einer Bemerkung von Hrn. Holenstein Rechnung tragend, die Ausführungen auf Seite 12 der vervielfältigten Botschaft über Leistungslohn und Bedarfslohn nochmals zu überprüfen und sich zu überlegen, ob die drei beanstandeten Sätze gestrichen werden können, oder ob man sich bei der Begründung der Kinderzulagen nicht auf die Feststellung beschränken könnte, dass kein Grund bestehe, hier von der vor einigen Jahren getroffenen gesetzlichen Regelung abzu-



weichen. Das Communiqué wird unverändert genehmigt. Der Rat ist auch mit dem von Hrn. Streuli vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden, am Freitag die Vorlage über Steuerabbau zu verabschieden und am Freitag nachmittag in einer Pressekonferenz über die drei Vorlagen Teuerungszulagen, Voranschlag und Steuerabbau zu orientieren, wobei die Botschaft über Steuerabbau erst am Montag ausgeteilt werden wird.

Voranschlag

In der Diskussion über die grundsätzlichen Fragen wird die Frage der Schuldentilgung besonders aufgegriffen. Der Rat lässt sich von den Darlegungen des Hrn. Streuli überzeugen, dass im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Schuldentilgung über den Voranschlag nicht vorgesehen werden sollte. Nachdem der seinerzeit vom Bundesrat aufgestellte Tilgungsplan formell von den eidgenössischen Räten verlassen wurde, könnte man mit Recht den Vorwurf erheben, dass man mit der Schuldentilgung nur das Budget habe verschlechtern wollen. Hr. Streuli will aber noch prüfen, ob man auf Seite 24a des Botschaftsentwurfes nicht mehr über die Schuldentilgung sagen könnte, vor allem über die Gründe, warum man sie nicht vorgesehen hat.

Zum Botschaftstext werden folgende Aenderungen vorgenommen oder beantragt:

S. 2. Der Satz, in welchem der Hoffnung auf weitere Fortschritte der Liberalisierung Ausdruck gegeben wird, wird gestrichen. Auf der gleichen Seite wird unten der letzte Satz wie folgt formuliert: "Wenn in einzelnen Branchen auch wieder knapper gerechnet werden muss und der Eingang der Bestellungen da und dort eine rückläufige Bewegung aufweist."

Seite 15. Die Mehrausgaben von 7 Millionen betreffen nur die Förderung des Pflanzenbaues, nicht auch des Weinbaues. Der Passus wird entsprechend berichtigt.

Seite 17. Bei den Leistungen an die Hotel Treuhandgesellschaft handelt es sich um Mittel, die zur Ausrichtung von Darlehen für Entschuldungs- und Erneuerungszwecke gewährt werden sollen.

Seite 26. Der letzte Satz wird wie folgt formuliert: "Das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Mehrheit unserer Stimmbürger führt dabei auch zur Annahme von Steuern, die angesichts der heutigen Finanzlage von vielen als nicht mehr unbedingt erforderlich betrachtet werden."

Im weiteren wird von Hrn. Lepori festgestellt, dass die Behandlung von Ausgaben, die noch keine einwandfreie Rechtsgrundlage haben, nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgte. Nachdem man die Teuerungszulagen und die AHV-Zuschläge aufgenommen hat, sollte man auch die Beiträge an die Zentrale für Handelsförderung, die Zentrale für Verkehrsförderung und die internationalen Hilfswerke berücksichtigen. Man käme so zu einem Budget, das der Realität entspricht und zu einem kleineren Reinertrag. Das FZD wird für die

künftigen Voranschläge die Frage zu prüfen, ob die bisherige Praxis, nur sicher feststehende Ausgaben und Einnahmen zu berücksichtigen, aufgegeben werden könnte zugunsten einer Budgetpolitik, die auch voraussichtliche Ausgaben und Einnahmen berücksichtigt. Für das gegenwärtige Budget wäre es aber verfehlt, die bisherige Praxis zu ändern. Das Communiqué wird mit einigen Aenderungen genehmigt.

U m f r a g e

Hr. F e l d m a n n

Konferenz über die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Nidwalden und Engelberg

Hr. Feldmann orientiert über die letzten Donnerstag durchgeführte Konferenz, die vor allem ergeben hat, dass die beiden Kantone Nidwalden und Obwalden sich endgültig auf die Lösung Bahn festgelegt haben. Es wird beschlossen, den beiden Kantonsregierungen das Protokoll der Konferenz zuzustellen, mit der Aufforderung, allfällige Bemerkungen dazu innert 15 Tagen anzubringen. Nachher wird das PED dem Bundesrat seine Anträge unterbreiten.

Aussenministerkonferenz in Genf

Hr. Feldmann gibt Kenntnis von einem Brief der Genfer Regierung, in welchem sie für das Truppenaufgebot dankt, aber auch in einem Absatz erklärt, die Frage der Delegation von Polizeikompetenzen des Bundes noch prüfen zu wollen. Das JPD wird beauftragt, einen Antwortentwurf des Bundesrates vorzubereiten.

Besuch der Aussenministerkonferenz in Genf durch Vertreter ostdeutscher Gewerkschaften

Der Bundesrat billigt die vom JPD getroffene Verfügung, dass diesen Leuten kein Visum zu erteilen ist.

Einladung Sowjetrussland 7. November

Nachdem Hr. Feldmann an diesem Tage durch die Sitzung der Kommission für das Strassenverkehrsgesetz beansprucht wird, erklärt sich Hr. Holenstein bereit, den Bundesrat zu vertreten, vorausgesetzt, dass es zu einer Einladung des Gesandten kommt, der zur Zeit noch im Spital sein soll.

Hr. StreuliKonversion eines Anleihens

Hr. Streuli teilt mit, dass die Konversion ein voller Erfolg wurde, indem für den zur Verfügung gestellten Betrag eine volle Konversion erfolgte und keine Barzeichnungen berücksichtigt wurden.

Indiskretion betr. Steuerabbauvorlage

Die Gazette de Lausanne hatte einen im Berner Tagblatt erschienenen Artikel aufgegriffen, in dem Einzelheiten über die Steuerabbauvorlage berichtet wurden. Es muss sich um Aeusserungen und Meldungen aus Kreisen des FZD handeln. Auf Wunsch von Hrn. Streuli erklärt sich Hr. Feldmann bereit, für eine interne administrative Untersuchung innerhalb des FZD einen Beamten der Justizabteilung zur Verfügung zu stellen. Hr. Streuli wird deswegen direkt mit Hrn. Feldmann Fühlung nehmen.

Hr. HolensteinBericht der Nationalzeitung über die Erstellung einer Liste der Mitarbeiter nach polit. Zugehörigkeit

Hr. Holenstein stellt fest, dass an der Behauptung, er habe ein Verzeichnis für diese Zwecke aufstellen lassen, kein wahres Wort ist. Er habe Hrn. Eberhard sofort zur Rede gestellt und dieser habe versprochen, eine Richtigstellung zu bringen.

Abschluss der franz.-schweiz. Wirtschaftsverhandlungen

Hr. Holenstein orientiert über die grundsätzliche Einigung, die erzielt wurde. Sie ist im Wesentlichen auf der letzten Linie der Konzessionen erfolgt, zu welchen die Schweiz bereit war. Nun wird der Führer der franz. Delegation in die Schweiz kommen, um das, was materiell bereinigt wurde auch formell in Ordnung zu bringen. Die neue Regelung gilt rückwirkend auf den 1. Juli 1955 und soll 18 Monate dauern. Hr. Holenstein wird noch schriftlichen Bericht unterbreiten.

Hr. ChaudetEinladung Indien. 28. Oktober 1955

Hr. Streuli wird hingehen.

Indiskretion des Generalstabschefs

Hr. Chaudet stellt bestimmt in Abrede, dass einer seiner Mitarbeiter, insbesondere der Generalstabschef durch seine Ausführungen eine Indiskretion begangen und Dinge verraten habe, über die er keine Auskunft hätte geben dürfen.

Hr. LeporiKonferenz mit den Atomfachleuten

Da Hr. Lepori an den vorgesehenen Daten anderweitig beschäftigt ist, übernimmt es Hr. Petitpierre, ein anderes Datum auszusuchen und den Vertretern des Bundesrates vorzuschlagen.

PräsidialvorbringenDokumente aus deutschen Archiven

Hr. Petitpierre teilt mit, dass diese Dokumente wahrscheinlich nächstes Jahr publiziert werden. Er wird ein kleines Dossier über diese Angelegenheit zusammenstellen und beim Rate in Zirkulation setzen.

Geschenk für den Kaiser von Aethiopien

Hr. Petitpierre lässt das vom Bundesrat dem Kaiser von Aethiopien zugedachte Geschenk zum 25. Krönungsjubiläum zirkulieren. Dieses Geschenk, eine Uhr in Email, erscheint im Verhältnis zu den Geschenken der anderen Regierungen als recht bescheiden. So wird die jugoslawische Regierung dem Kaiser ein Handelsschiff schenken. Die grundsätzliche Frage, ob sich der Bundesrat nicht künftig etwas grosszügiger als bisher bei der Auswahl von Geschenken an Souveräne und ausländische Staatschefs zeigen sollte, wäre zu prüfen.

Demarche Grossbritanniens und Canadas wegen Artikel im Bonjour

Die Botschafter Grossbritanniens und Canadas sind inoffiziell vorstellig geworden wegen zwei Artikeln, in welchen Prinzessin Margaretha und der Herzog von Edinburg lächerlich gemacht werden. Das Dossier wird Hrn. Feldmann übergeben.

Entschädigung für die Uebernahme polnischer Internierter und Angelegenheit der Agents provocateurs

Hr. Petitpierre orientiert über unsere Aussichten in diesen im Haag hängigen Angelegenheiten.

Ministerwechsel auf schweiz. Gesandtschaften

Hr. Petitpierre lässt den Mitgliedern des Rates einen vertraulichen Bericht über seine Absichten austeilen.

Protokoll der letzten Sitzung

Die Verhandlungsprotokolle der 70. und 71. Sitzung werden genehmigt mit einer Aenderung im Protokoll der 70. Sitzung.

* * *